



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Sudan 2013

Auch zehn Jahre nach Beginn des Darfurkonfliktes ist die Lage der Menschenrechte im Sudan miserabel. Der sudanesischer Präsident Omar al-Bashir, der vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) per Haftbefehl gesucht wird, ist nach wie vor auf freiem Fuß. Sudanesischer Sicherheitskräfte wurden wiederholt beschuldigt, Folter und exzessive Gewalt gegen Demonstranten und Dissidenten einzusetzen.

Die Lehrerin und Oppositionspolitikerin der Partei Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) Jalila Khamis Koko, die sich seit März 2012 in Untersuchungshaft befunden hatte und mit der Todesstrafe rechnen musste, wurde am 20. Januar 2013 aus der Haft entlassen. Sie wurde in nahezu allen Anklagepunkten freigesprochen. Amnesty International forderte die sudanesischen Behörden auf, eine angemessene Entschädigung für die unrechtmäßige Haft zu zahlen. Dabei müsste berücksichtigt werden, dass sich der Gesundheitszustand von Jalila Khamis Koko in der Haft massiv verschlechtert habe.

Im März 2013 berichtete Amnesty International von großangelegten Attacken gegen die Zivilbevölkerung im Norden Darfurs durch bewaffnete Regierungstruppen. Über 500 Menschen seien in diesem Jahr bisher getötet und 100.000 Personen vertrieben worden. Viele von ihnen suchen Schutz im östlichen Tschad. Amnesty International forderte die sudanesischen Behörden auf, diesen Vorfällen umgehend und umfassend nachzugehen. Von der UN verlangte Amnesty International eine Überwachung der Situation, welche von den Behörden lediglich als „kommunale Gewalt“ bezeichnet worden war.

Im April 2013 wurde bekannt, dass regelmäßig Asylsuchende aus sudanesischen Flüchtlingscamps entführt werden. Der Großteil der Entführungsoffer sind Asylsuchende aus Eritrea. Sie werden auf die ägyptische Sinai-Halbinsel verschleppt, wo es Berichten zufolge zu brutaler Gewalt, wie Vergewaltigungen, Verbrennungen und Schlägen, durch beduinische Clans kommt. Unter dem Einfluss dieser Misshandlungen werden die Opfer gezwungen bei ihren Familien anzurufen und Lösegeldsummen von bis zu 40.000 US-Dollar zu fordern. Es kam bereits zu etlichen Todesfällen unter den Entführungsoffern. Ein Überlebender berichtete, dass an einem Entführungsoffer, dessen Familie das Lösegeld nicht zahlen konnte, ein Exempel statuiert wurde. Er wurde blutig geschlagen und anschließend mit Benzin überschüttet und angezündet, so dass er bei lebendigem Leib verbrannte. Sein verwesender Leichnam wurde in unmittelbarer Nähe zu den anderen Entführten liegen gelassen. Es besteht der Verdacht, dass die sudanesischen Sicherheitsbehörden in diese Geschäfte verwickelt sind. Amnesty International verlangt umfassende Ermittlungen und gegebenenfalls die Strafverfolgung der Beteiligten.

Am 4. Mai 2013 wurde die Juristin und Mitglied der Oppositionspartei Sudan People's Liberation Movement-North (SPLM-N) Asma Ahmed vom Sudanesischen Geheimdienstes (National Security Service, NSS) festgenommen. Asma Ahmed hatte Opfer des bewaffneten Konflikts zwischen den Sudanesischen Streitkräften (SAF) und bewaffneten Mitgliedern des SPLM-N vor Gericht vertreten, unter anderem die inzwischen freigelassene Jalila Khamis Koko. Nun befindet sich Asma Ahmed selbst in Isolationshaft. Es besteht das hohe Risiko, dass sie Opfer von Folter und Misshandlung wird. Asma Ahmed leidet an Diabetes, wird aber nicht mit den entsprechenden Medikamenten versorgt. Der NSS ist berüchtigt für schwerste Menschenrechtsverletzungen. Ehemalige Gefangene berichten von Schlägen, Tritten, dem dauerhaften Verharren in Stresspositionen (teilweise in der prallen Sonne) und dem Entzug von Schlaf sowie von Wasser und Nahrung.

Ende September 2013 wurden mindestens fünfzig Demonstranten von sudanesischen Sicherheitskräften gezielt erschossen, zudem wurden hunderte Personen verletzt. Lokale Organisationen sprachen sogar von über hundert Toten. Die Proteste brachen aus, nachdem Sudans Präsident Omar al-Bashir angekündigt hatte, Subventionen für Benzin zu kürzen. Der sudanesischen Geheimdienst NSS inhaftierte überdies mindestens achthundert Demonstranten, darunter Oppositionspolitiker und Journalisten. Der NSS ist bekannt für massive Misshandlungen und Folter an Inhaftierten. Er ist gesetzlich berechtigt, Verdächtige bis zu viereinhalb Monaten ohne rechtliche Überprüfung festzuhalten.